

Bildungsvolksbegehren-Proponenten wollen "nicht locker lassen"

Utl.: Androsch: "Große Koalition soll nach Wahlen als Reform- statt Gezänkepartnerschaft in Bildung und **Forschung** das tun, was längst notwendig und überfällig ist"

Wien (APA) - Die Proponenten des Bildungsvolksbegehren wollen auch im neuen, am Montag beginnenden Schuljahr "nicht locker lassen". Nachdem es gelungen sei, die Bildung zu einem zentralen Thema zu machen, "erhoffen wir durch den erhöhten Druck auf die Politik, dass das längst Notwendige doch endlich angepackt wird", sagte Volksbegehrens-Initiator Hannes Androsch gegenüber der APA. Doch in den Antworten der Politik auf einen Brief der Volksbegehrensvertreter mit bildungspolitischen Fragen erkennt Androschs Mitstreiter, Bernd Schilcher, "eine merkwürdig große Tendenz, dass ja eh alles nicht so schlecht ist".

"Mein Eindruck war, dass man nun versucht zu sagen, so schlimm ist es ja nicht", resümiert Schilcher die Antworten auf die Briefe, die Androsch und seine Mitstreiter im Juni an Regierungsmitglieder, Landeshauptleute, Bildungssprecher und Klubobleute der Parlamentsparteien geschickt haben. Gebeten wurde darin um deren Position zu zehn bildungspolitischen Fragen, um mit den Antworten der Öffentlichkeit eine "Grundlage für die Wahlentscheidung" zu geben. "Die ÖVP sagt, was wollt ihr denn, es passt ja rundherum. Die SPÖ ist zwar viel kritischer, was die Schulen anlangt, aber bei den Universitäten ist die Kritik auch nicht gewaltig", so Schilcher.

Doch Androsch ist überzeugt, dass man das Thema Bildung nicht so ignorieren oder abperlen lassen kann, "dazu hat das Bildungsvolksbegehren die Thematik zu einer zu zentralen gemacht". Der Industrielle sieht durchaus positive Ansätze wie die Neue Mittelschule oder die neue Lehrerausbildung. Doch es bleibe "noch zu beweisen, dass das so wie behauptet auch umgesetzt wird". Etwa dass die Neue Mittelschule wirklich eine Niveausteigerung gegenüber der Hauptschule bringe und es bei der neuen Lehrerausbildung tatsächlich zu einer Verschränkung von Fachwissen und den noch viel wichtigeren pädagogisch-didaktischen Fähigkeiten komme.

Schilcher glaubt, dass es die völlig falsche Strategie ist, nur die eigene Klientel zu füttern. Und Androsch ergänzt: "Die Klientel einer Volkspartei kann ja nicht in ein paar AHS-Gewerkschaftern bestehen, die Klientel der SPÖ im Uni-Bereich nicht nur aus ein paar ÖH-Funktionären."

Für die beiden Proponenten sind die Anliegen und Zielsetzungen des Bildungsvolksbegehrens "nicht annähernd erfüllt, da sind wir weit entfernt von einem Durchbruch". Als Beispiel nennen Androsch und Schilcher die Ganztagschulen. Unter den rund 6.000 Schulen in Österreich gebe es "viel zu viele Klein- und Kleinstschulen" und nur 125 seien Ganztagschulen - "das muss alles aufgebrochen werden".

Androsch hofft, dass bei den Nationalratswahlen Ende September "die Große Koalition bestätigt und aus einer Gezänkepartnerschaft eine Reformpartnerschaft gemacht wird". Diese solle dann nicht nur in der Bildung, sondern auch bei den Universitäten und in der **Forschung** "das tun, was längst notwendig und überfällig ist". Entschlossenheit zur Verwirklichung sei Voraussetzung dafür, den gigantischen Abstand zur überwiegenden Mehrheit der entwickelten Länder zu reduzieren.

Das Bildungsvolksbegehren erreichte Mitte November 2011 rund 383.000 Unterschriften bzw. eine Beteiligung von 6,07 Prozent.

(Schluss) cm/aku/mk

APA0124 2013-08-30/09:58

300958 Aug 13

Autor: cm/aku/mk